

Überfällige Wende in der Verkehrspolitik

VON THOMAS REISENER

Mit ihren Plänen für ein neues Fahrradgesetz wollen die Regierungsparteien im Landtag endlich einen auch von ihnen selbst lange unterschätzten Baustein der Verkehrswende umsetzen: Fahrräder sind nicht nur umweltfreundlicher als Autos. Sie benötigen auch weniger Fläche. Ein Segen für Stadtplaner in Ballungsräumen, wo der immer knapper werdende Platz ja nicht einmal mehr für ausreichend Wohnraum reicht. Die angestrebte Verdreifachung des Radverkehrsanteils auf 25 Prozent hilft auch dem Steuerzahler: Neue Radwege kosten nicht halb so viel wie neue Straßen.

Ist das 25-Prozent-Ziel realistisch? Ja. Der Fahrradmarkt erlebt gerade eine Revolution, die vielleicht mit der Erfindung des iPhones vor gut zehn Jahren vergleichbar ist. Dank der rasanten Verbreitung von E-Bikes – allein im vergangenen Jahr kamen fast eine Million neue hinzu – etabliert sich der einstige Drahtesel zunehmend neben Auto, Bussen und Bahnen als neues Standardverkehrsmittel. Zum Beispiel für Berufspendler. Denn mit dem elektrischen Hilfsmotor lassen sich auch Distanzen von 20 Kilometern zügig, schweißfrei und bequem per Rad zurücklegen. Wenn die Politik diesen Trend jetzt mit zusätzlichen und besser ausgebauten Radwegen, hochwertigen Fahrrad-Parkmöglichkeiten und – warum eigentlich nicht? – überdachten Pendler-Radrouten flankiert, gibt es immer weniger Gründe, sich mit einem teuren und stinkenden Auto in den allmorgendlichen Stau zu stellen.

Dass CDU und FDP sich mit ihren Fahrrad-Gesetzes-Plänen nun an die Spitze des Trends stellen wollen, macht sie allerdings noch lange nicht zu dessen Urheber. Sie sind Trittbrettfahrer einer Bewegung von Idealisten aus dem eher grünen Millieu, die ähnliche Ziele schon seit Jahren verfolgt. Ehre, wem Ehre gebührt.

BERICHT NRW BEKOMMT NEUES RAD-GESETZ, TITELSEITE